

Rick, Kevin: *Verbraucherpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Geschichte des westdeutschen Konsumtionsregimes 1945–1975*. Baden-Baden: Nomos Verlag 2018. ISBN: 978-3-8487-4442-8; 455 S.

Rezensiert von: Manuel Schramm, Institut für Europäische Geschichte, Technische Universität Chemnitz

Die Konsumgeschichte der Bundesrepublik hat Konjunktur. Nachdem bereits in den 1990er-Jahren erste Überblicksdarstellungen von Arne Andersen oder Wolfgang König erschienen waren, widmeten sich in den letzten Jahren mehrere lesenswerte Monographien (meist Dissertationen) einzelnen Aspekten des Konsums in der frühen oder auch späteren Bundesrepublik, zum Beispiel zu elektrischen Haushaltsgeräten, zu Verbraucherdiskursen oder zu Massenmotorisierung und Tourismus.¹ Relativ wenige Arbeiten thematisierten jedoch den Verbraucherschutz in der Bundesrepublik, und sie beruhten in der Regel auf unzureichender Materialgrundlage.² Diese Forschungslücke kann Kevin Rick mit seiner Marburger Dissertation füllen. Er nimmt zum ersten Mal auf der Grundlage von Archivmaterial die Entstehung des westdeutschen „Konsumtionsregimes“ in den Blick, also die Interaktion verschiedener Akteure aus Staat und Zivilgesellschaft bei der Entstehung von Organisationen des Verbraucherschutzes wie der „Stiftung Warentest“ oder der Verbraucherzentralen. Der Begriff „Konsumtionsregime“ ist in diesem Zusammenhang etwas irreführend, da nicht das gesamte Konsumtionsregime der Bundesrepublik in den Blick genommen wird, sondern lediglich der Verbraucherschutz. Insbesondere überprüft der Verfasser dabei die These des Politikwissenschaftlers Gunnar Trumbull, der Westdeutschland in international vergleichender Perspektive dem nicht-interventionistischen „Informationsmodell“ zurechnet, während sich in Frankreich das verbraucherpolitische „Protektionsmodell“ durchgesetzt habe.³ Methodisch orientiert sich Rick an der Politikfeldanalyse. Er unternimmt, gestützt auf hermeneutische Quellenauswertung und sozialwissenschaftliche Netzwerkanalyse, eine „Rekonstruktio-

on von historisch heterogenen Kooperationsarrangements und verbraucherpolitischen Netzwerken“ (S. 25) in den westlichen Besatzungszonen und der Bundesrepublik bis zur Mitte der 1970er-Jahre.

Die Studie verfährt dabei im Wesentlichen chronologisch. Teil I untersucht den „verbraucherpolitischen Wildwuchs“ (S. 55) nach Kriegsende und die Gründung der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände (AgV) 1953. Teil II zeichnet die weitere Entwicklung hin zu einer Verbraucherpolitik „aus einem Guss“ (S. 239) nach, darunter die Einrichtung von Verbraucherzentralen seit 1957, die Gründung der „Stiftung Warentest“ 1964 und die Verbraucherpolitik-Berichte der Bundesregierung 1971 und 1975. Insbesondere der erste Bericht war bedeutsam, da er zum ersten Mal ein umfassendes Konzept in diesem Bereich präsentierte. Die frühe Verbraucherpolitik war von Seiten der Bundesregierung geprägt von einem Dualismus zwischen protektionistischer Agrarpolitik einerseits und Wirtschaftsliberalismus im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft andererseits. Von Seiten der Zivilgesellschaft beanspruchten mehrere Verbände, für den Konsumenten bzw. die Konsumentin zu sprechen, insbesondere der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Konsumgenossenschaften und verschiedene Frauenverbände. Die Gründungen der AgV 1953 war, anders als von Zeitgenossen unterstellt, keine rein konsumgenossenschaftliche oder sozialdemokratische Initiative. Vielmehr war sie ein

¹ Arne Andersen, *Der Traum vom guten Leben. Alltags- und Konsumgeschichte vom Wirtschaftswunder bis heute*, Frankfurt am Main 1997; Wolfgang König, *Geschichte der Konsumgesellschaft*, Stuttgart 2000; Nepomuk Gasteiger, *Der Konsument. Verbraucherbilder in Werbung, Konsumkritik und Verbraucherschutz*, Frankfurt am Main 2010; Sophie Gerber, *Küche, Kühlschrank, Kilowatt. Zur Geschichte des privaten Energiekonsums in Deutschland, 1945–1990*, Bielefeld 2015; Sina Fabian, *Boom in der Krise. Konsum, Tourismus, Autofahren in Westdeutschland und Großbritannien 1970–1990*, Göttingen 2016.

² Christian Kleinschmidt (Hg.), *Verbraucherschutz in internationaler Perspektive*, Berlin 2006 (= *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1/2006); Frank Janning, *Die Spätgeburt eines Politikfeldes. Die Institutionalisierung der Verbraucherschutzpolitik in Deutschland und im internationalen Vergleich*, Baden-Baden 2011.

³ Gunnar Trumbull, *Consumer capitalism. Politics, product markets and firm strategy in France and Germany*, Ithaca 2006, S. 163.

Instrument, mit dem Hausfrauenverbände und Konsumgenossenschaften mit Hilfe der Bundesregierung die Gewerkschaften auszu-schließen vermochten. Die Gründung der Verbraucherzentralen Ende der 1950er-Jahre, die maßgeblich vom Bundeswirtschaftsministerium vorangetrieben wurde, sieht der Verfasser als verbraucherpolitische Zäsur. Die Bundesregierung gab damit ihre frühere nicht-interventionistische Haltung auf. Sie traf sich dabei mit den Interessen der beteiligten Verbände, die dadurch ihr verbraucherpolitisches Gewicht und nicht zuletzt ihre finanzielle Situation verbessern konnten.

Die Gründung der „Stiftung Warentest“ 1964 ging schließlich vollends auf staatliche Initiative zurück, auch wenn die Stiftung selbst absichtlich keine Behörde, sondern eine unabhängige Körperschaft werden sollte und auch wurde. In ihrer Unabhängigkeit von bestehenden Verbänden drückte sich jedoch der Zweifel der Regierung an der Legitimation der Verbraucherverbände aus, die teilweise ähnliche Pläne zur Gründung eines Test-Institutes verfolgt hatten. Sahen andere Forscher in dieser Gründung den endgültigen Sieg des Informationsmodells, so argumentiert Rick differenzierter: Sie bedeutete wohl eine Zäsur, aber keinen Abschied vom Paternalismus, sondern vielmehr dessen Institutionalisierung und Festschreibung. Der erste Verbraucherpolitik-Bericht der sozialliberalen Bundesregierung 1971 schließlich hob das Interventionsniveau des Staates auf eine neue Stufe. Mit ihm brach die „Goldene Ära“ (S. 399) des Verbraucherschutzes in den 1970er-Jahren an.

Zu den wichtigsten Ergebnissen der Studie gehört, dass sich, entgegen anderen Annahmen, die Deutschland bisher ausschließlich dem Informationsmodell zurechneten, in der Verbraucherpolitik ein spezifisch deutsches „Hybridmodell aus Information und Protektion“ (S. 407) etablierte. Die Eingriffsintensität des Staates nahm im Zeitverlauf deutlich zu. Zum Durchbruch verhelfen dem Politikfeld die Debatten um den vergleichenden Warentest in den 1960er-Jahren. Dem Bundeswirtschaftsministerium gelang es, sich eine hegemoniale Stellung in dem neuen Politikfeld zu sichern. Das sollte sich erst wieder mit der BSE-Krise im Jahr 2000 ändern.

Das Buch ist dicht geschrieben und insofern nicht unbedingt ein Lesevergnügen, wohl aber präzise und klar formuliert. Nur die vielen Abkürzungen und das häufige „man“ stören ein wenig. Es handelt sich insgesamt um eine sorgfältig recherchierte und wichtige Ergänzung der Forschungen zur Konsumpolitik in der Bundesrepublik, die das bisherige Bild in einigen Bereichen korrigiert. An manchen Stellen hätte man sich mehr Informationen gewünscht, zum Beispiel über die Warentests der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände 1962, denen eine zu große Nähe zu den Herstellern vorgeworfen wurde. Außerdem muss natürlich erwähnt werden, was die Studie nicht leistet. Sie ist keine Diskursanalyse und geht auch, möglicherweise aus Mangel an Quellen, nicht auf die Mikroebene ein, also beispielsweise die praktische Arbeit der Verbraucherzentralen. Hier bleiben für die Forschung noch wichtige Fragen offen. Der Verfasser selbst regt eine vergleichende Regionalstudie an, um zum Beispiel die Rolle der kommunalen Akteure zu erhellen. Aber diese Hinweise sollten nicht als Kritik missverstanden werden. Insgesamt handelt es sich um eine wichtige und überzeugend argumentierende Arbeit.

HistLit 2018-4-012 / Manuel Schramm über Rick, Kevin: *Verbraucherpolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Geschichte des westdeutschen Konsumtionsregimes 1945–1975*. Baden-Baden 2018, in: H-Soz-Kult 04.10.2018.